

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						

1. Rentenpolitik / Altersvorsorge

1.1 Grundsätzliches zum Altersvorsorgesystem

1.1.1 Grundsätzliches		„Die gesetzliche Rentenversicherung wollen wir schrittweise zu einer Bürger*innenversicherung weiterentwickeln, in die perspektivisch alle einbezogen werden, damit alle gut abgesichert sind.“	„Zentrale Grundlage ... bleibt für uns die gesetzliche Rentenversicherung mit ihren verlässlichen Leistungen und ihrer solidarischen Finanzierung.“	Es ist „... zwingend nötig, das Altersvorsorgesystem zu modernisieren, nachhaltig finanzierbar zu gestalten und den kapitalgedeckten Teil der Altersvorsorge zu stärken. Wir Freie Demokraten wollen die Rente auf diese Weise enkelfit machen.“ „Bausteine aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge (können) je nach Lebenslage flexibel kombiniert und an moderne Lebensläufe angepasst werden. Alle Ansprüche aus diesem „Rentenbaukasten“ sollen bei Wechsels zwischen Arbeitgebern oder zwischen Beschäftigung und Selbstständigkeit flexibel mitgenommen werden können.“		
------------------------------	--	---	---	--	--	--

1.2 Gesetzliche Rentenversicherung

1.2.1 Beitragssatz / Renteneintrittsalter / Sicherungsniveau / Steuerzuschuss, -finanzierung	„Wir wollen den Menschen helfen, das tatsächliche Regelrenteneintrittsalter (67 Jahre, d.Verf.) zu erreichen.“	„Die langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent hat für uns hohe Priorität.“ „Um die Belastungen der Versicherten und der Arbeitgeber*innen zu begrenzen, sollen bei Bedarf die Steuerzuschüsse erhöht werden.“ „Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen es Menschen aber leichter machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen, auch über die Regeleintrittsgrenze hinaus.“	„Wir ... stehen für eine dauerhaft stabile Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent.“ „Wir lehnen eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab Den gesetzlichen Anspruch, dass besonders langjährig Versicherte vor Erreichen der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in Rente gehen können, werden wir beibehalten.“	„Wir Freie Demokraten wollen das Renteneintrittsalter nach schwedischem Vorbild flexibilisieren. Wer früher in Rente geht, bekommt eine geringere, wer später geht, erhält eine höhere Rente. Wer das 60. Lebensjahr und mit allen Altersvorsorgeansprüchen mindestens das Grundversicherungsniveau erreicht, soll selbst entscheiden, wann der Ruhestand beginnt.“	„Der drohenden Überlastung der Beitragszahler muss durch einen höheren Steuerzuschuss in der Rentenfinanzierung entgegengewirkt werden, versicherungsfremde Leistungen sind aus Steuermitteln zu begleichen.“ „Wir wollen ... jedem ermöglichen, länger zu arbeiten und im Einvernehmen mit dem jeweiligen Arbeitgeber zum individuellen Wunschzeitpunkt den Ruhestand anzutreten. Die Rentenhöhe hängt dabei von den eingezahlten Beiträgen und dem Renteneintritt ab.“	„Wir wollen das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben.“ „Als Garantie führen wir eine Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro ... ein ...“ „Sie wird aus Steuern finanziert.“ „Die Rente erst ab 67 muss zurückgenommen werden. (...) Jede*r muss wieder spätestens ab 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen.“
---	--	---	---	---	---	---

Parteien →						
↓ Themen	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
1.2.2 Zuverdienstgrenzen, Teilrenten				„Zuverdienstgrenzen schaffen wir ab, und Teilrenten sind unkompliziert möglich.“		
1.2.3 Kreis der Einbezogenen / Behandlung von Selbstständigen, freien Berufen, Beamten, Mandatsträgern	<p>„..., wollen wir eine Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind.“</p> <p>„Selbstständige sollen zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen insolvenzgesicherten und zugriffsgeschützten Vorsorgearten wählen können.“</p>	<p>„In einem ersten Schritt zu einer Bürger*innenversicherung sorgen wir dafür, dass Selbstständige ohne obligatorische Absicherung, zum Beispiel in berufsständischen Versorgungswerken, und Abgeordnete verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen werden.“</p>	<p>„Wir werden eine grundsätzliche Pflicht zur Altersvorsorge einführen. ... - und wir werden die Gesamtbelastung insbesondere für Solo-Selbstständige mit niedrigen Einkommen im Auge behalten.“</p> <p>„Solidarität in der Alterssicherung bedeutet für uns zudem, dass auch die Selbstständigen, Beamt*innen, freien Berufe und Mandatsträger*innen der gesetzlichen Rentenversicherung angehören. Es ist an der Zeit, die Gesamtheit der Erwerbstätigen in die Rentenversicherung aufzunehmen und die Sondersysteme auf lange Sicht zu überwinden.“</p>	<p>„Wir Freie Demokraten wollen maximale Wahlfreiheit für Selbstständige bei der Altersvorsorge. Auch die Form der Vorsorge soll frei wählbar sein. Der Zugang zur gesamten geförderten privaten Altersvorsorge muss dabei künftig für alle Erwerbstätigen offen sein. So verhindern wir auch, dass Personen mit Zickzack-Lebensläufen beim Wechsel in die Selbstständigkeit ihre Direktversicherung oder ihre Riester-Förderung verlieren. Für die Gründungsphase wollen wir Karenzfristen. Dabei halten wir eine Pflicht zur Altersvorsorge wie bei der Krankenversicherung für angemessen.“</p>	<p>„Politiker sollen wie andere Arbeitnehmer auch in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.“</p> <p>„Die AfD möchte ... die Verbeamtung auf hoheitliche Aufgaben beschränken, Auf diese Weise wird ein Großteil der künftigen Staatsbediensteten in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen.“</p>	<p>„Als LINKES Kernprojekt beziehen wir alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung ein. (...) Unser Konzept der Solidarischen Erwerbstätigenversicherung bietet eine gesetzliche Alterssicherung auch für bislang nicht versicherte Selbstständige, Freiberufler*innen, Beamt*innen, Manager*innen und Politiker*innen. Wir wollen, dass alle Erwerbstätigen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen.“</p>
1.2.4 Rentenformel / Nachhaltigkeitsfaktor / Nachholfaktor				„Rentenanpassungsformel für einen gerechten Ausgleich zwischen den Generationen“: „Dazu muss neben anderem auch der Nachholfaktor in der Rentenanpassungsformel reaktiviert werden.“		
1.2.5 Bemessungsgrundlage Beiträge / Beitragsbemessungsgrenze		„Wir führen darüber hinaus eine von den Arbeitgeber*innen finanzierte Mindestbeitragsbemessungsgrundlage ein, mit der vollzeitbeschäftigte Geringverdienende bei langjähriger Beschäftigung im Alter eine ausreichende Rente erhalten.“				„Die Beitragsbemessungsgrenze ... wird zunächst vereinheitlicht und dann in mehreren Schritten drastisch angehoben. Die Höhe der Rentenansprüche über dem Doppelten des Durchschnitts soll abgeflacht werden.“
1.2.6 Freiwillige Einzahlungen	„Freiwillige Beiträge in der Gesetzlichen Rentenversicherung in jeglicher gewünschten Höhe werden wir zulassen, maximal bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze.“		„Wir wollen allen gesetzlich verpflichtet Versicherten zusätzlich die Möglichkeit einräumen, sich in angemessenem Umfang ergänzend freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern.“			„Außerdem soll es Versicherten und ihren Arbeitgeber*innen erleichtert werden, bis zu einer bestimmten Grenze freiwillig zusätzliche Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen.“

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						
1.2.7 Kapitalmarktbasierte Komponenten der gesetzlichen Altersvorsorge	„Wir wollen ein Konzept entwickeln, um in Deutschland eine neue Form der kapitalgedeckten Altersvorsorge zu etablieren. Dafür kann eine Generationenrente für eine Altersvorsorge von Geburt an ein guter Baustein sein. Wir werden prüfen, wie man die Generationenrente mit einem staatlichen Monatsbeitrag zur Anlage in einem Pensionsfonds - mit Schutz vor staatlichem Zugriff – ausgestalten kann. Unser Ziel ist es, mit einem attraktiven Instrumentenmix, Altersarmut wirksam zu vermeiden.“	„Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann das Umlagesystem sinnvoll ergänzen. (...) Wir wollen die Riester- und die Rürup-Rente durch einen öffentlich verwalteten Bürger*innenfonds ersetzen. (...) Der Fonds kann langfristig orientiertes Eigenkapital für die Wirtschaft bereitstellen. In den Bürger*innenfonds zahlen alle ein, die nicht aktiv widersprechen. So wird ein Volumen geschaffen, das die Verwaltungskosten gering hält, die Risiken breit streut und auf teure Garantien verzichten kann. Der Bürger*innenfonds wird öffentlich und politisch unabhängig verwaltet und investiert anhand von ESG-Nachhaltigkeitskriterien.“		„Gesetzliche Aktienrente“: „... schlagen wir vor, die verpflichtende erste Säule unseres Rentensystems künftig auf zwei Pfeiler zu stellen, Dabei wird genau derselbe Anteil wie bisher für die Altersvorsorge aufgewendet ... neben dem größeren Betrag, der weiter in die umlagefinanzierte Rentenversicherung fließt, (wird) ein kleinerer Betrag von zum Beispiel zwei Prozent des Bruttoeinkommens in eine langfristige, chancenorientierte und kapitalgedeckte Altersvorsorge angelegt“		„Die Rente darf nicht über Kapitalmärkte »gesichert« werden ...“
1.2.8 Doppelbesteuerung Renten				„Wir Freie Demokraten wollen eine Doppelbesteuerung von Renten verhindern und die Beweislastumkehr zugunsten der Steuerpflichtigen einführen.“		„Die Doppelbesteuerung der Renten wollen wir abschaffen.“
1.2.9 Sonstiges				„Wir Freie Demokraten wollen eine Basis-Rente einführen. Das erreichen wir durch einen Freibetrag bei der Grundsicherung im Alter für Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung.“	„Familien (sollen) für jedes Kind 20.000 Euro Beiträge der Eltern zur Rentenversicherung aus Steuermitteln erstattet bekommen, ohne dass sich die Rentenansprüche dadurch verringern.“	„Wir wollen die Benachteiligung der ostdeutschen Rentner*innen endlich beenden. Wir fordern die sofortige Angleichung des »aktuellen Rentenwertes (Ost)« an das Westniveau ...“

1.3 Betriebliche Altersvorsorge

1.3.1 Betriebliche Altersvorsorge	„Wir wollen, dass noch mehr Menschen betrieblich für ihr Alter vorsorgen Wir werden die Mitnahme der Ansprüche aus einer betrieblichen Altersvorsorge beim Jobwechsel weiter verbessern. ... Gerade mit Blick auf Geringverdiener wollen wir ein Konzept einer „Betrieblichen Alters-“	„Arbeitgeber*innen sollen künftig eine betriebliche Altersvorsorge anbieten, einen eigenen Finanzierungsbeitrag leisten und den Bürger*innenfonds als Standard dafür nutzen können. Um es kleinen Unternehmen einfacher zu machen, eine betriebliche Altersvorsorge anzubieten, wollen wir die reine Beitragsgarantie für	„Unser ist Ziel ist, dass deutlich mehr Beschäftigte in einer betrieblichen Altersversorgung abgesichert sind. Dabei sollten tarifvertraglich vereinbarte kollektive Altersversorgungsformen bevorzugt werden.“	„Die Möglichkeit zu breiteren Anlageformen und insbesondere höheren Aktienquoten haben nur tarifgebundene Unternehmen. Wir wollen allen Unternehmen die Möglichkeit einer „reinen Beitragszusage“ (höherer Aktienanteil) und des automatischen Einbezugs ganzer Belegschaften (mit „Opt-Out“-Möglichkeit für die einzel-		„Wir lehnen es ab, die Arbeitgeber*innen im Rahmen kapitalgedeckter betrieblicher Altersvorsorge und sogenannter Zielrenten aus der Haftung zu entlassen. Das gilt auch für den Verzicht auf Rentengarantien zugunsten einer reinen Beitragszusage.“
--	---	---	---	--	--	--

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						
	vorsorge für alle“ entwickeln, ...“	kleine Unternehmen einführen, sie bei der Haftung entlasten und so für eine bessere Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge sorgen. Zusätzlich wollen wir erreichen, dass Selbstständige vergleichbare Chancen auf eine angemessene Altersversorgung haben wie abhängig Beschäftigte.“		nen Beschäftigten) geben. Zudem muss die Doppelverbeitragung in der gesetzlichen Kranken- sowie Pflegeversicherung für alle Wege betrieblicher und privater Vorsorge beendet werden, ...“		„Statt einer überwiegend von den Beschäftigten finanzierten betrieblichen Altersvorsorge wollen wir eine überwiegend von den Arbeitgeber*innen finanzierte betriebliche Altersversorgung (als betriebliche Sozialleistung). Dafür sollen verbindliche tarifvertragliche Regelungen die Grundlage sein.“

1.4 Staatlich geförderte private Altersvorsorge; Riester-, Rürup-Rente

1.4.1 Riester-, Rürup-Rente	„Wir werden Kriterien für ein Standardvorsorgeprodukt festlegen. Dieses Produkt ist verpflichtend für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, es sei denn, sie widersprechen der Einbeziehung (Opt-Out).“ „Das Standardprodukt soll ohne Abschlusskosten und mit möglichst niedrigen Verwaltungskosten auskommen.“	Wir „...senken mit Standardprodukten in der Altersvorsorge die Kosten insbesondere für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen.“ „Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann das Umlagesystem sinnvoll ergänzen. Die Riester- Rente hat sich aber als ein völliger Fehlschlag herausgestellt und die Rürup-Rente hat gravierende Schwächen. (...) Wir wollen die Riester- und die Rürup-Rente durch einen öffentlich verwalteten Bürger*innenfonds ersetzen. Die öffentliche Zulagenförderung der privaten Altersvorsorge werden wir reformieren und auf niedrige und mittlere Einkommen fokussieren. Für Menschen mit einem bestehenden Riestervertrag besteht, falls von ihnen gewünscht, Bestandsschutz. (...) In den Bürger*innenfonds zahlen alle ein, die nicht aktiv widersprechen. Der Bürger*innenfonds wird öffentlich und politisch unabhängig verwaltet“	„Die bisherigen Ergebnisse der Riester-Rente sind nicht zufriedenstellend. Wir wollen daher bei klassischen privaten Angeboten der Altersvorsorge bürokratische Hemmnisse abbauen und Kosten senken.“	„... die Anlagevorschriften bei der staatlich geförderten Altersvorsorge, zum Beispiel bei Riester-Verträgen, wollen wir öffnen. Der Wohn-Riester bleibt unberührt.“		„Wir wollen die Rentenprivatisierungen zurücknehmen und die Mittel der Spekulation entziehen.“ „Die private Riester-Rente ist gescheitert. (...) Die Riester-Rente überführen wir auf freiwilliger Basis in die gesetzliche Rente.“
1.4.2 Standardisiertes Angebot privater Altersvorsorge	„Dabei soll es eine attraktive und unbürokratische Förderung durch den Staat geben.“ „Neben Produkten mit einer Leistungsgarantie sollen auch Produkte ohne Leistungsgarantie angeboten werden.“ „Wir verbinden mit diesen Maßnahmen die Erwartung, dass mehr Menschen privat vorsorgen. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, werden wir das Produktportfolio um ein staatlich organisiertes Standardvorsorgeprodukt erweitern und prüfen, ob wir zu einem stärkeren Maß an Verbindlichkeit kommen müssen.“		„Zugleich setzen wir uns für ein neues standardisiertes Angebot der Altersvorsorge ein, das kostengünstig ist, digital und grenzüberschreitend angeboten wird.“			
1.4.3 „Portabilität“				„Wir Freie Demokraten wollen ein Altersvorsorge-Depot einführen. (...) Ansprüche aus der Altersvorsorgung		

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						
				müssen übertragbar (Portabilität) und ein Anbieterwechsel möglich sein.“		
1.4.4 Anlagevorschriften		„Der Bürger*innenfonds ... investiert anhand von ESG-Nachhaltigkeitskriterien.“		„Wir Freie Demokraten wollen es Lebensversicherern, Pensionskassen und Versorgungswerken ermöglichen, vermehrt und einfacher in Wagniskapital, Start-ups, Aktien oder Infrastrukturprojekte zu investieren.“		